Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/2774

11. 08. 88

Sachgebiet 312

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Frau Schilling und der Fraktion DIE GRÜNEN
— Drucksache 11/2446 —

Strafverfahrensstatistik wegen „terroristischer" Taten

Der Bundesminister der Justiz hat mit Schreiben vom 10. August 1988 – II B 1 a – 4030-13-15-21 0152/88 – im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Innern die Kleine Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt beantwortet:

Vorbemerkung

Eine Beantwortung der Fragen zu A. I. und II. in der gewünschten Form ist nicht möglich. Die in den zitierten Untersuchungen gebildeten Deliktsgruppen konnten nur anhand des dort verwendeten Datenmaterials erstellt werden und finden in den Rechtspflegestatistiken sonst keine Verwendung. Zu der Studie „Rechtsextremismus und Strafrechtspflege" wird derzeit eine Anschlußuntersuchung durchgeführt, die den Zeitraum bis 1986 mit erfaßt.

Ergebnisse dieser Untersuchungen liegen noch nicht vor.

Die Beantwortung der Fragen – mit Ausnahme der Frage 2 unter B. – erfolgt auf der Grundlage der dem Generalbundesanwalt zur Verfügung stehenden Erkenntnisse. Berücksichtigt wurden die Verfahren, die nach dem Gerichtsverfassungsgesetz in die Zuständigkeit des Generalbundesanwalts fallen. Soweit der Generalbundesanwalt Verfahren an die Länder abgegeben hat, erfolgt die Beantwortung der Fragen auf der Grundlage der Rückmeldungen der Länder.

Statistische Übersichten in der gewünschten Form lassen sich nur für den Zeitraum ab 1980 erstellen. Soweit unter A. II. Angaben auch für den Zeitraum von 1970 bis 1979 erbeten werden, ist eine Beantwortung der Fragen nicht möglich, da entsprechende statistische Unterlagen nicht vorhanden sind. Eine Beantwortung der Fragen hätte die Durchsicht aller Verfahrensakten erforderlich gemacht.

Der Antwort auf die Frage 2 unter B. liegen die Erfahrungsberichte der Länder (Stand: Jahresende 1987) zugrunde.

A.

Im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Diskussion um die Problematik „Terrorismus und staatliche Entwicklung" fragen wir die Bundesregierung ergänzend zu den BMJ-Studien von

— Blath/Hobe, „Strafverfahren gegen linksterroristische Straftäter und ihre Unterstützer" (1971 bis 1979/80), Bonn 1984,

— Kalinowsky, „Rechtsextremismus und Strafrechtspflege", Bonn 1985

und entsprechend den diesen Untersuchungen zugrunde gelegten Kriterien zur Zuordnung entsprechender Delikte:

I. Zum Komplex Strafverfahren wegen „linksterroristischer" und hiermit in unmittelbarem Zusammenhang stehender Straftaten in den Jahren 1981 bis 1985, 1986 und 1987 (inkl. Unterstützer und Werber)

1. a) Wie viele Ermittlungsverfahren gegen wie viele Beschuldigte wurden wegen derartiger Taten insgesamt eingeleitet?

   b) In wie vielen Verfahren wurde davon gegen wie viele Beschuldigte nach § 129a StGB ermittelt?

   c) In wie vielen Fällen hiervon lautete der Vorwurf „Unterstützung" bzw. „Werbung" für eine terroristische Vereinigung?

   d) Wie viele Verfahren gegen wie viele Beschuldigte wurden nach welchen Vorschriften durch die Bundesanwaltschaft eingeleitet?

   e) Wie viele dieser Verfahren wurden später wieder abgegeben?

   f) Wie viele Verfahren gegen wie viele Beschuldigte wurden durch die Bundesanwaltschaft nach welchen Vorschriften übernommen?

   g) Wie viele Verfahren wurden hiervon später wieder abgegeben?

Aus der nachfolgenden Übersicht ergibt sich, wie viele Verfahren gegen wie viele Beschuldigte eingeleitet und wie viele Verfahren davon abgegeben wurden. Die Differenz zwischen der Gesamtzahl der Verfahren und der Verfahren nach § 129a StGB umfaßt alle sonst in die Zuständigkeit des Generalbundesanwalts (§§ 142a, 120 GVG) fallenden Straftaten. Eine weitere Auflistung nach Maßgabe der Frage 1d) ist nicht möglich. Sie hätte die Durchsicht jeder einzelnen Akte erforderlich gemacht.

Bei den Spalten „Unterstützung" und „Werben" ist eine Doppelzählung möglich, da einige Sachverhalte bei der Einleitung der Ermittlungen noch keine abschließende rechtliche Zuordnung gestatteten.

Die Fragen zu 1.f) und g) lassen sich nicht beantworten, weil in der nachfolgenden Übersicht auch solche Verfahren als „Einleitungen" erfaßt werden, die bei den Staatsanwaltschaften der Länder angefallen sind, aber nach Nummer 202 der Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren (RiStBV) dem Generalbundesanwalt vorgelegt wurden.

Jahr		insgesamt			§ 129 a			Unterstützung			Werben		
		1	2	3	1	2	3	1	2	3	1	2	3
1980	Einleitung	263	245	167	254	238	164	61	38	43	152	108	108
	Abgabe	182	145	131	176	140	129	37	14	31	129	94	96
1981	Einleitung	571	451	415	554	432	405	87	89	58	419	285	323
	Abgabe	474	375	355	458	357	345	60	57	41	386	277	297
1982	Einleitung	352	127	274	344	124	269	52	34	31	219	61	178
	Abgabe	210	81	160	207	80	158	17	10	11	172	58	134
1983	Einleitung	330	322	232	318	303	223	73	109	31	176	84	139
	Abgabe	250	172	195	241	153	189	39	55	24	168	76	136
1984	Einleitung	208	188	134	200	182	128	54	64	32	102	56	70
	Abgabe	134	117	89	133	117	88	31	47	16	93	51	65
1985	Einleitung	388	246	316	383	211	312	188	132	150	131	52	109
	Abgabe	289	183	237	287	167	237	158	115	128	118	48	99
1986	Einleitung	362	377	229	361	377	228	135	271	39	214	206	142
	Abgabe	266	303	158	265	303	157	109	239	29	182	200	113
1987	Einleitung	314	310	208	293	264	195	55	60	30	164	65	122
	Abgabe	219	120	160	219	119	160	45	44	26	155	56	117

1 = Anzahl der Ermittlungsverfahren insgesamt
2 = Anzahl der namentlich bekannten Beschuldigten
3 = Anzahl der Ermittlungsverfahren, die sich ausschließlich gegen unbekannte Täter richten

2. a) In wie vielen Fällen wurde gegen wie viele Personen insgesamt Untersuchungshaft verhängt?
   b) Davon mit Haftgrund?
   c) Wie häufig ohne Haftgrund nach § 112 Abs. 3 StPO?
   d) Unter welchen (speziellen) Bedingungen erfolgte der Vollzug?
   e) Wie lange jeweils dauerte die U-Haft (Monate/über ein Jahr)?
   f) Wie viele der Betroffenen wurden später freigesprochen, zu Geldstrafe, zu Freiheitsstrafe auf Bewährung und zu Freiheitsstrafe ohne Bewährung (Jahre/Monate) verurteilt?

Soweit eine Beantwortung der Unterfragen im einzelnen möglich ist, wird auf die nachfolgenden tabellarischen Übersichten (1 und 2) Bezug genommen. Die Spalte „Haftgrund" (Tabelle 1) enthält Mehrfachbenennungen. Dies ist darauf zurückzuführen, daß Haftbefehle in der Regel auf mehrere Haftgründe gestützt werden.

Bei der Unterfrage d) ist darauf hinzuweisen, daß die Untersuchungshaft mehreren Zwecken dient. Sie soll die Durchführung eines geordneten Strafverfahrens gewährleisten, die spätere Strafvollstreckung sicherstellen und die Fortsetzung strafbarer Handlungen aus der Haft heraus verhindern (vgl. Kleinknecht/Meyer 38. Aufl. Rdnr. 5 vor § 112 StPO; BVerfGE 32, 87ff.). Darüber hinaus hat der Richter die Untersuchungshaft so auszugestalten, daß die Ordnung in der Vollzugsanstalt nicht beeinträchtigt wird (§ 119 Abs. 3 StPO). Die Haftbedingungen haben sowohl dem Persönlichkeitsrecht des Untersuchungsgefangenen wie auch dem Anspruch der Rechtsgemeinschaft auf sichere Unterbringung des Gefangenen Rechnung zu tragen. Eine pauschale Beantwortung der Frage ist daher nicht möglich. Die Haftbedingungen werden je nach Gefährlichkeit und persönlichen Bedürfnissen des Gefangenen variiert.

Tabelle 1

Jahr	Verf.	Besch.	Haftgrund[1])				Abgabe[2])	Verurteilung zu Freiheits-/Jugendstrafe in nicht abgegebenen Verf.[3])							Freispruch	Geldstrafe
			1	2	3	4		5	6	7	8	9	10	11		
1980	10	13	4	9	6	11	5	5	1	–	2	–	–	–	–	–
1981	21	29	–	15	8	24	25	1	–	1	2	–	–	–	–	–
1982	6	6	3	3	–	4	2	–	–	2	1[4])	–	–	–	–	–
1983	3	6	1	6	6	6	–	–	–	–	2	3[4])	–	–	–	–
1984	8	11	1	10	5	11	5	–	1	1	2	–	–	–	–	–
1985	5	13	–	9	1	11	8	–	–	1	3	–	–	–	1	–
1986	5	9	–	7	5	7	1	–	2	–	1	–	–	–	–	–
1987	7	18	3	16	3	14	4	–	1	–	–	–	–	–	–	–

Bem.: [1]) Haftgrund:
1 = flüchtig
2 = Fluchtgefahr
3 = Verdunkelungsgefahr
4 = § 112 Abs. 3 StPO

[2]) Beschuldigte in abgegebenen Verfahren (evtl. Verurteilungen werden in den Folgespalten nicht dargestellt)

[3]) Dauer:
5 = lebenslang
6 = ≥ 10 Jahre
7 = ≥ 5 Jahre
8 = ≥ 2 Jahre
9 = ≥ 1 Jahr
10 = ≥ 6 Monate
11 = < 6 Monate

[4]) Freiheitsstrafen zur Bewährung ausgesetzt

Tabelle 2

Jahr	Beschuldigte insgesamt	Beschuldigte Abgabe	Beschuldigte keine Abgabe	Dauer der U-Haft in nicht abgegebenen Verfahren < 3 M	≥ 3 M	≥ 6 M	≥ 1 J	≥ 2 J	≥ 3 J
1980	13	5	8	–	–	–	1	2	5
1981	29	25	4	–	–	–	–	2	2
1982	6	2	4	2	–	–	–	2	–
1983	6	–	6	1	3	–	1	–	1
1984	11	5	6	2	–	–	1	3	–
1985	13	8	5	–	1	1	1	2	–
1986	9	1	8	–	–	1	7	–	–
1987	18	4	14	5	3	5	1	–	–

3. In wie vielen Fällen kam es zur Einstellung der Ermittlungsverfahren (wie viele Verfahren nach § 129a StGB) durch die Staatsanwaltschaft?

Die Antwort auf die Frage ergibt sich aus der nachfolgenden Übersicht.

Jahr	Anzahl der Beschuldigten				Einstellung durch GBA				Einstellung nach Abgabe			
	insgesamt		§ 129 a		insgesamt		§ 129 a		insgesamt		§ 129 a	
	1	2	1	2	1	2	1	2	1	2	1	2
1980	245	167	238	164	63	29	63	28	101	126	98	125
1981	451	415	432	405	52	47	52	47	267	320	263	316
1882	127	274	124	269	40	49	39	46	61	149	61	148
1983	322	232	303	223	119	31	119	28	134	191	115	186
1984	188	134	182	128	47	37	42	34	96	88	96	87
1985	246	316	211	312	28	60	27	57	130	230	124	230
1986	377	229	377	228	27	55	27	55	229	155	229	154
1987	310	208	264	195	61	24	38	13	89	145	88	145

1 = Anzahl der namentlich bekannten Beschuldigten

2 = Anzahl der Ermittlungsverfahren, die sich ausschließlich gegen unbekannte Täter richten

4. a) In wie vielen Fällen erfolgte insgesamt Anklage?
   b) Gegen wie viele Angeklagte?
   c) Wegen welcher Tatvorwürfe (Aufschlüsselung nach Tatvorwurf/Strafnormen bzw. Deliktsbereiche) wurde wie häufig angeklagt?
   d) Davon wie viele (nur) nach § 129a StGB wegen Mitgliedschaft, Unterstützung, Werbung jeweils?

Wegen der Antwort wird auf die nachfolgende tabellarische Übersicht Bezug genommen.

Jahr	Anklage erhoben (durch GBA) Verf.	Besch.	wegen § 129 a StGB allein M*	U*	W*	sonst	Anklage zugelassen	Abweichung	Einstellung durch Gericht
1980	7	8	2	1	–	5	8	–	–
1981	4	5	1	1	–	3	5	–	–
1982	1	1	–	–	–	–	1	–	–
1983	4	7	–	2	–	5	7	–	–
1984	3	7	–	–	–	7	7	–	–
1985	2	6	–	–	–	6	6	4	–
1986	3	8	–	–	–	8	8	–	–
1987	8	14	–	–	–	14	6	–	–

* M = Mitgliedschaft
* U = Unterstützung
* W = Werben

5. a) In wie vielen Fällen insgesamt wurde Anklage zugelassen und das Hauptverfahren eröffnet?
   b) Mit welchen Abweichungen (insbesondere bezüglich des Vorwurfs nach § 129a StGB)?
   c) In wie vielen Fällen kam es aus welchen Gründen zu gerichtlichen Einstellungen?

Die Antwort ergibt sich aus der tabellarischen Übersicht zur Frage 4. Die vier Abweichungen erklären sich daraus, daß das Oberlandesgericht Celle in einem Verfahren gegen vier Angeklagte nicht wegen § 129a StGB eröffnet hat, weil es in der Gruppierung „Die Wirtschaftswunderkinder", die sich zu einigen Sprengstoffanschlägen bekannt hatte, keine terroristische Vereinigung im Sinne dieser Vorschrift zu erkennen vermochte.

6. Wie viele Urteile gegen wie viele Personen sind insgesamt ergangen (unterschieden nach rechtskräftig/nicht rechtskräftig)?
   a) Wie viele Freisprüche?
   b) Wie viele Verurteilungen insgesamt?
      aa) Wie viele davon jeweils nur oder auch nach § 129a StGB?
      bb) Wie viele davon wegen Mitgliedschaft, Unterstützung, Werbung jeweils?
      cc) Wie viele aufgrund kollektiver Zurechnung von Straftaten – über § 129a StGB – ohne individuellen Tatnachweis?

c) Davon wie häufig Geldstrafe wegen (Strafnormen)?

d) Wie häufig davon Jugendstrafe wegen welcher Strafnormen?

e) Wie viele Freiheitsstrafen insgesamt wegen welcher Strafnormen?

aa) Strafdauer (bis 3, 6, 12 Monate; bis 5, 10, 15 Jahre)?

bb) In wie vielen Fällen mit Bewährung?

cc) Wie häufig lebenslänglich?

(1) Davon wie häufig wegen vollendeten Mordes/Totschlags?

(2) Wie häufig wegen versuchten Mordes/Totschlags?

(3) Wie häufig aufgrund kollektiver Beteiligung, aber ohne individuellen Tatnachweis?

f) In wie vielen Fällen führte verminderte Schuldfähigkeit zu einer Strafmilderung?

g) Wie verteilen sich die in den Urteilen festgestellten Deliktsgruppen prozentual entsprechend der Unterscheidung in Blath/Hobe, a.a.O., S. 8ff. (Anschläge, gruppenbezogene Handlungen, Unterstützungshandlungen)?

Die Antworten sind im wesentlichen den nachfolgenden tabellarischen Übersichten zu entnehmen.

Die Frage zu b) und cc) läßt sich nicht beantworten. Sie wird zwar in der politischen Diskussion häufig aufgeworfen, ist aber keine Rechtsfrage. Die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung wird im Einzelfall nachgewiesen. Ob jemand an einer von der terroristischen Vereinigung begangenen Straftat als Täter oder Teilnehmer mitgewirkt hat, wird nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen festgestellt. Im Rechtssinne erfordert Mittäterschaft nicht die eigenhändige Verwirklichung aller Tatbestandsmerkmale. Entscheidend ist vielmehr nach ständiger Rechtsprechung, daß der Handelnde auf der Grundlage gemeinsamen Wollens einen die Tatbestandsverwirklichung fördernden Beitrag leistet, welcher sich nach seinem Willen nicht als bloße Förderung fremden Tuns, sondern als Teil der Tätigkeit aller Täter darstellt und demgemäß die Handlung der anderen als Ergänzung des eigenen Tatanteils erscheinen läßt (vgl. BGH in NJW 1987/660 ff.; BGH in NStZ 1985/165 ff. mit weiteren Nachweisen).

Welcher Tatbeitrag nach Auffassung der erkennenden Gerichte jeweils zur Annahme der Mittäterschaft ausgereicht hat, ließe sich nur durch Auswertung aller Urteile feststellen.

Das vorstehend Gesagte gilt auch für die Fragen zu 6 e), cc) (3), f) und g).

Tabelle 1

Jahr	Freispruch	Verurteilung										Rechtsmittel			Entscheidung nach Rechtsmittel			Rechtskraft
		insgesamt	nur § 129 a			auch § 129 a			Geldstrafe	Jugendstrafe	Freiheitsstrafe	insgesamt	StA	Vert.	Verw.	Aufh.	Rückn.	
			M	U	W	M	U	W										
1980	–	8	1	1	–	6	–	–	–	–	8	8	1	8	8	–	1	8
1981	–	3	–	1	–	2	–	–	–	–	3	3	1	3	2	1	1	3
1982	–	1	–	–	–	1	–	–	–	–	1	–	–	–	–	–	–	1
1983	–	7	–	3	–	1	–	–	–	1	6	3	–	3	2	–	1	7
1984	–	6	–	–	–	5	1	–	–	–	6	6	–	6	6	–	–	6
1985	2	5	–	–	–	3	–	–	–	–	5	2	–	2	2	–	–	7
1986	–	3	–	–	–	3	–	–	–	–	3	–	–	–	–	–	–	–
1987	–	3	–	–	–	–	2	–	–	1	2	1	–	1	–	–	–	–

Tabelle 2

Jahr	Strafdauer ≥ 10 J	≥ 5 J	≥ 1 J	≥ 6 M	< 6 M	lebenslang insgesamt	lebenslang Mord, Totschlag	lebenslang versuchter Mord, Totschlag	Bewährung	Vorzeitige Entlassung Anzahl	Vorzeitige Entlassung verbüßte Strafzeit
1980	1	–	2	–	–	5	5	1	–	–	
1981	–	1	2	–	–	1	1	–	–	–	
1982	–	–	1	–	–	–	–	–	1	–	
1983	–	–	6	1	–	–	–	–	5	–	
1984	1	3	2	–	–	–	–	–	–	–	
1985	–	1	3	1	–	–	–	–	1	–	
1986	2	–	1	–	–	–	–	–	–	–	
1987	1	1	1	–	–	–	–	–	1	–	

7. a) In wie vielen Fällen wurden Rechtsmittel insgesamt eingelegt?
   b) Welche?
   c) Von wem (StA/Verteidigung)?
   d) Jeweils mit welchem Erfolg?

Wegen der Antwort wird auf die tabellarischen Übersichten zu Frage 6 (Tabelle 1) Bezug genommen.

8. In wie vielen Fällen wurden Verteidiger von der Wahrnehmung der Verteidigung vom Gericht ausgeschlossen und mit welcher Begründung?

Im Befragungszeitraum sind Ausschließungen von Verteidigern nach den §§ 138a ff. StPO nicht erfolgt. Die Anzahl der Zurückweisungen nach § 146 StPO sowie der Ablehnung von Pflichtverteidigerbestellungen wegen Nichtvorliegens der Beistandsvoraussetzungen ergibt sich aus der nachfolgenden Übersicht. Zu Spalte 4 ist erläuternd darauf hinzuweisen, daß in diesen Fällen eine Pflichtverteidigerbestellung deshalb abgelehnt wurde, weil der Beschuldigte noch nicht drei Monate in Untersuchungshaft einsaß. Nach dem Gesetz ist dem Beschuldigten auf seinen Antrag für die Dauer der Untersuchungshaft ein Verteidiger beizuordnen (§ 117 Abs. 4 StPO), wenn die Untersuchungshaft mindestens drei Monate gedauert hat.

Jahr	insgesamt	Zurückweisungsgrund: Mehrfachverteidigung § 146 StPO	≤ 3 M U-Haft § 117 IV StPO	Fehlen sonstiger Voraussetzungen des § 140 StPO	(mehrere) Pflichtverteidiger ist (sind) bereits bestellt
1980	10	6	2	1	1
1981	2	2	–	–	–
1982	3	2	1	–	–
1983	4	1	1	1	1
1984	6	4	–	1	1
1985	2	–	–	–	2
1986	1	–	–	–	1
1987	2	–	2	–	–

9. a) In wie vielen Fällen wurden gemäß Frage 6 verurteilte Strafgefangene mit welchem Strafmaß insgesamt vorzeitig aus der Haft entlassen?
   b) Nach welchen Vorschriften bzw. aufgrund welchen Akts?
   c) Nach Verbüßung welcher Strafzeit?

In den seit 1980 eingeleiteten Verfahren wurden bisher rechtskräftig zu Freiheitsstrafe verurteilte Straftäter vorzeitig nicht entlassen.

Aus vor 1980 eingeleiteten Verfahren sind insgesamt 11 zu zeitiger Freiheitsstrafe verurteilte Straftäter nach Zweidrittel-Verbüßung gemäß § 57 StGB vorzeitig aus der Strafhaft entlassen worden.

II. Wie lauten die entsprechenden Antworten zu den Fragen I. 1 bis 9 bezogen auf den Komplex Strafverfahren wegen „rechtsterroristischer" und hiermit in unmittelbarem Zusammenhang stehenden Straftaten in den Jahren 1971 bis 1980, 1981 bis 1985, 1986 und 1987?

Zu Frage 1

Die Antworten ergeben sich mit den in der Antwort zur Frage I. 1 gemachten Einschränkungen aus der nachfolgenden tabellarischen Übersicht.

Jahr		insgesamt			§ 129 a			Unterstützung			Werben		
		1	2	3	1	2	3	1	2	3	1	2	3
1980	Einleitung	34	81	10	34	74	10	15	22	2	11	26	6
	Abgabe	17	43	7	17	36	7	6	10	1	8	19	5
1981	Einleitung	30	59	3	28	53	1	14	24	1	0	0	0
	Abgabe	23	36	1	23	31	1	11	15	1	0	0	0
1982	Einleitung	17	56	4	15	55	3	6	16	1	1	0	1
	Abgabe	12	43	3	11	42	3	4	8	1	1	0	1
1983	Einleitung	10	21	1	9	20	1	6	9	0	0	0	0
	Abgabe	4	8	1	4	8	1	2	3	0	0	0	0
1984	Einleitung	5	15	0	4	12	0	1	3	0	0	0	0
	Abgabe	2	6	0	1	3	0	1	3	0	0	0	0
1985	Einleitung	4	10	2	3	9	2	1	1	0	0	0	0
	Abgabe	2	9	1	1	8	1	0	0	0	0	0	0
1986	Einleitung	3	33	0	1	1	0	1	1	0	0	0	0
	Abgabe	1	1	0	1	1	0	1	1	0	0	0	0
1987	Einleitung	24	32	0	1	8	0	0	0	0	0	0	0
	Abgabe	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0

1 = Anzahl der Ermittlungsverfahren insgesamt
2 = Anzahl der namentlich bekannten Beschuldigten
3 = Anzahl der Ermittlungsverfahren, die sich ausschließlich gegen unbekannte Täter richten

Zu Frage 2

Die Antworten auf die einzelnen Fragen ergeben sich – soweit eine Antwort möglich ist – aus den beiden nachfolgenden tabellarischen Übersichten.

Zu der Frage 2 d) ist zusätzlich anzumerken, daß rechtsterroristische Vereinigungen bisher durch die Inhaftierung ihrer Mitglieder zerschlagen werden konnten. Freipressungen oder Selbstbefreiungen sind nicht versucht worden. Dies konnte bei der Festsetzung der Haftbedingungen berücksichtigt werden. Im übrigen wird auf die Beantwortung der Frage 2 unter I. Bezug genommen.

Tabelle 1

Jahr	Verf.	Besch.	Haftgrund[1])				Abgabe[2])	Verurteilung zu Freiheits-/Jugendstrafe in nicht abgegebenen Verf.[3])							Freispruch	Geldstrafe
			1	2	3	4		5	6	7	8	9	10	11		
1980	6	12	–	6	4	8	8	1	2	1	–	–	–	–	–	–
1981	6	13	2	12	3	12	6	–	–	2	3[4])	–	–	–	–	–
1982	2	5	–	5	–	5	2	–	1	2	–	–	–	–	–	–
1983	1	1	1	–	–	–	1	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1984	2	3	3	–	–	3	–	–	2	1	–	–	–	–	–	–
1985	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1986	1	5	–	5	4	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1987	1	2	–	2	2	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–

Bem.: [1]) Haftgrund:
1 = flüchtig
2 = Fluchtgefahr
3 = Verdunkelungsgefahr
4 = § 112 Abs. 3 StPO

[2]) Beschuldigte in abgegebenen Verfahren (evtl. Verurteilungen werden in den Folgespalten nicht dargestellt)

[3]) Dauer:
5 = lebenslang
6 = ≥ 10 Jahre
7 = ≥ 5 Jahre
8 = ≥ 2 Jahre
9 = ≥ 1 Jahr
10 = ≥ 6 Monate
11 = < 6 Monate

[4]) davon 2 Verurteilungen zu Jugendstrafe

Tabelle 2

U-Haft „Rechtsterrorismus" (Dauer der U-Haft)

Jahr	Beschuldigte insgesamt	Beschuldigte Abgabe	Beschuldigte keine Abgabe	Dauer der U-Haft in nicht abgegebenen Verfahren < 3 M	≥ 3 M	≥ 6 M	≥ 1 J	≥ 2 J	≥ 3 J
1980	12	8	4	–	–	–	1	2	1
1981	13	6	7	–	1	–	–	6	–
1982	5	2	3	–	–	–	–	3	–
1983	1	1	–	–	–	–	–	–	–
1984	3	–	3	–	–	3	–	–	–
1985	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1986	5	–	5	–	–	1	4	–	–
1987	2	–	2	1	–	1	–	–	–

Zu Frage 3

Die Antwort ergibt sich aus der nachfolgenden tabellarischen Übersicht.

Jahr	Anzahl der Beschuldigten				Einstellung durch GBA				Einstellung nach Abgabe			
	insgesamt		§ 129 a		insgesamt		§ 129 a		insgesamt		§ 129 a	
	1	2	1	2	1	2	1	2	1	2	1	2
1980	81	10	74	10	17	3	17	3	21	7	21	7
1981	59	3	53	1	14	2	14	0	27	1	27	1
1882	56	4	55	3	10	1	10	0	28	2	27	2
1983	21	1	20	1	11	0	10	0	7	0	7	0
1984	15	0	12	0	6	0	6	0	6	0	3	0
1985	10	2	9	2	1	1	1	1	8	1	8	1
1986	33	0	1	0	0	0	0	0	1	0	1	0
1987	32	0	8	0	11	0	8	0	0	0	0	0

1 = Anzahl der namentlich bekannten Beschuldigten

2 = Anzahl der Ermittlungsverfahren, die sich ausschließlich gegen unbekannte Täter richten

Zu Frage 4

Die Antwort ergibt sich aus der nachfolgenden tabellarischen Übersicht.

Jahr	Anklage erhoben (durch GBA)		wegen § 129 a StGB allein			sonst.	Anklage zugelassen	Abweichung	Einstellung durch Gericht
	Verf.	Besch.	M	U	W				
1980	1	4	1	–	–	3	4	–	–
1981	2	6	–	–	–	6	6	–	1
1982	1	3	–	–	–	3	3	–	–
1983	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1984	2	3	–	–	–	3	3	–	–
1985	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1986	1	5	–	–	–	5	–	–	–
1987	1	2	–	–	–	2	–	–	–

Zu Frage 5

Wegen der Beantwortung der Frage wird auf die Antwort zu Frage 4 (tabellarische Übersicht, die letzten 3 Spalten) Bezug genommen. Die Einstellung durch das Gericht (vgl. letzte Spalte; Jahr 1982) erfolgte gemäß § 206a StPO, weil der Angeklagte wegen einer geistigen Erkrankung auf Dauer verhandlungsunfähig geworden war.

Zu Frage 6

Die Antworten ergeben sich aus den beiden nachfolgenden tabellarischen Übersichten. Im übrigen müssen die unter I. zu Frage 6 gemachten Ausführungen auch hier berücksichtigt werden.

Tabelle 1

Jahr	Freispruch	Verurteilung										Rechtsmittel			Entscheidung nach Rechtsmittel			Rechtskraft
		insgesamt	nur § 129 a			auch § 129 a			Geldstrafe	Jugendstrafe	Freiheitsstrafe	insgesamt	StA	Vert.	Verw.	Aufh.	Rückn.	
			M	U	W	M	U	W										
1980	–	4	–	–	–	4	–	–	–	–	4	4	1	3	3	1	–	4
1981	–	5	–	–	–	–	–	–	–	2	3	4	–	4	2	–	2	5
1982	–	3	–	–	–	–	–	–	–	–	3	2	–	2	2	–	–	3
1983	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1984	–	3	–	–	–	2	–	–	–	1	2	–	–	–	–	–	–	3
1985	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1986	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1987	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–

Tabelle 2

Jahr	Strafdauer								Bewährung	Vorzeitige Entlassung	
	≥ 10 J	≥ 5 J	≥ 1 J	≥ 6 M	< 6 M	lebenslang					
						insgesamt	Mord, Totschlag	versuchter Mord, Totschlag		Anzahl	verbüßte Strafzeit
1980	2	1	–	–	–	1	1	1	–	1	2J 1M
1981	–	2	3	–	–	–	–	–	–	3	4M/1J 8M/2J 1M
1982	1	2	–	–	–	–	–	–	–	–	
1983	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	
1984	2	1	–	–	–	–	–	–	–	1	1J 1M
1985	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	
1986	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	
1987	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	

Zu Frage 7

Wegen der Antwort wird auf die Beantwortung der Frage 6 (Tabelle 1: Rechtsmittel) Bezug genommen.

Zu Frage 8

Ausschließungen von Verteidigern nach den §§ 138aff. StPO sind nicht erfolgt. Im übrigen wird wegen der Fälle, in denen Verteidigerbestellungen wegen fehlender Voraussetzungen für eine Beiordnung abgelehnt wurden, auf die nachfolgende tabellarische Übersicht Bezug genommen.

Jahr	insgesamt	Zurückweisungsgrund			
		Mehrfachverteidigung § 146 StPO	≤ 3 M U-Haft § 117 IV StPO	Fehlen sonstiger Voraussetzungen des § 140 StPO	(mehrere) Pflichtverteidiger ist (sind) bereits bestellt
1980	–	–	–	–	–
1981	2	–	1	1	–
1982	–	–	–	–	–
1983	–	–	–	–	–
1984	–	–	–	–	–
1985	–	–	–	–	–
1986	–	–	–	–	–
1987	–	–	–	–	–

Zu Frage 9

Wegen der Antwort wird auf die Beantwortung der Frage 6 (Tabelle 2 letzte Spalte) Bezug genommen. Die vorzeitigen Entlassungen erfolgten jeweils gemäß § 57 StGB nach einer Zweidrittel-Verbüßung.

B.

Ergänzend fragen wir die Bundesregierung:

1. Wie viele der in 1987 eingeleiteten Ermittlungsverfahren nach § 129a StGB wurden auf Grund des mit Wirkung vom 1. Januar 1987 ausgeweiteten Tatbestandes eingeleitet und haben welche (Zwischen-)Ergebnisse erbracht?

Auf Grund der Neufassung des § 129a StGB durch das Gesetz zur Bekämpfung des Terrorismus vom 19. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2566) hat der Generalbundesanwalt im Jahre 1987 nach dieser Vorschrift dreizehn Ermittlungsverfahren eingeleitet. Davon richteten sich fünf Ermittlungsverfahren gegen zwölf bekannte Beschuldigte und acht Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt. Sieben Verfahren sind gemäß § 142a Abs. 2 Nr. 2 GVG an die Landesstaatsanwaltschaften abgegeben worden. Zwei Verfahren wurden gemäß § 170 Abs. 2 StPO eingestellt. In den verbliebenen vier Verfahren erfolgte gegen drei Beschuldigte ebenfalls eine Einstellung nach § 170 Abs. 2 StPO, während acht Beschuldigte – nach Verbindung der Verfahren – am 15. Juni 1988 angeklagt worden sind.

2. Wie viele Ermittlungsverfahren nach § 130a StGB wurden 1987 mit welchen Ergebnissen eingeleitet?

Eine zum Jahresende 1987 durchgeführte Umfrage bei den Landesjustizverwaltungen hat ergeben, daß wegen Verdachts einer Straftat nach § 130a StGB seit dem 1. Januar 1987 insgesamt sechs Ermittlungsverfahren eingeleitet worden sind. Drei dieser Verfahren sind nach § 170 Abs. 2 StPO eingestellt worden, da entweder die Täter nicht zu ermitteln waren oder kein hinreichender Tatverdacht bestand. In einem Fall wurde das Verfahren an den Generalbundesanwalt abgegeben, da auch der Verdacht der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung gegeben war. Bei zwei Verfahren dauern die Ermittlungen an.

3. a) Wie viele Fahndungsmaßnahmen nach § 163d StPO („Schleppnetzfahndung") wurden 1987 durchgeführt?
   b) Wie viele davon an Kontrollstellen gemäß § 111 StPO?
   c) Wie viele wurden durch den Richter angeordnet?
   d) Wie viele nach § 163d Abs. 2 wegen Gefahr im Verzug jeweils durch die Staatsanwaltschaft oder deren Hilfsbeamten?
   e) Wie viele hiervon wurden durch den Richter nicht bestätigt?

In den vom Generalbundesanwalt geführten Verfahren sind 1987

Fahndungsmaßnahmen nach § 163d StPO nicht angeordnet worden.

4. a) Wie viele Genehmigungen für Kontrollstellen nach § 111 StPO wurden 1987 für welche Zeiträume insgesamt ausgesprochen?
   b) Wie viele wurden durch den Richter angeordnet?
   c) Wie viele nach § 111 Abs. 2 StPO wegen Gefahr im Verzug jeweils durch die Staatsanwaltschaft oder deren Hilfsbeamten?
   d) Wie viele hiervon wurden durch den Richter nicht bestätigt?

a) In den vom Generalbundesanwalt geführten Verfahren sind 1987 fünf Anordnungen zur Einrichtung von Kontrollstellen gemäß § 111 StPO ergangen. Eine dieser Anordnungen war auf zwölf Stunden, eine auf 57 Tage und drei Anordnungen waren auf jeweils drei Monate befristet.

b) Vier Anordnungen hat der Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes getroffen.

c) Eine Anordnung wurde durch den Generalbundesanwalt getroffen; diese Eilanordnung ist am nächsten Tag durch den Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes bestätigt worden.

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 231967
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 201363, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (0228) 363551
ISSN 0722-8333